

KOMMENTAR

VON ROSA SCHMIDT-VIERTHALER

Kein Versteckspiel um den Förderbedarf bei Kindern

Wer zusätzliche Förderung braucht, soll sie auch bekommen.

Behindertenanwalt Erwin Buchinger verfolgt ein lobenswertes Ziel. Er will gegen die Stigmatisierung von Kindern vorgehen, denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wird. Das Mittel, das er dafür wählt, ist allerdings denkbar ungeeignet: Er will den Sonderpädagogischen Förderbedarf, kurz SPF, streichen.

Die Crux an der Sache: Wenn man leugnet, dass das eine oder andere Kind Schwächen hat, kann es schnell passieren, dass die entsprechende Förderung auf der Strecke bleibt. Schulen könnten sich dagegen sperren, Kinder aufzunehmen, weil sie nicht mehr automatisch zusätzliche Ressourcen bekommen. Die Verteilung der entsprechenden Gelder nach einem Rate-mal-Konzept kann nicht zielführend sein. Im Gegenteil, die Kriterien, nach denen Ressourcen für Sonderpädagogischen Förderbedarf vergeben werden, sollten klar und transparent sein. Und: Vielleicht würde nicht die Abschaffung, sondern eine großzügigere Vergabe eine Stigmatisierung der Schüler verhindern.

So gibt es nirgends eine höhere Quote an Förderschülern als im Bildungsvorzeigeland Finnland. Dort war jeder Zweite bis zur Oberstufe zeitweise Förderschüler. Auch in Österreich brauchten viele Kinder zusätzliche Förderung. Sei es, weil sie Lernschwächen haben, sei es, weil sie außerordentlich begabt sind. Der Umgang mit den Bedürfnissen der Kinder sollte aber eines nicht sein: ein Versteckspiel.

E-Mails an: rosa.schmidt@diepresse.com

Aus für Sonderförderung an Schulen?

Behindertenanwalt Erwin Buchinger fordert die Abschaffung des sogenannten Sonderpädagogischen Förderbedarfs.

Wien. Die Zahl der Schüler mit einem sogenannten Sonderpädagogischen Förderbedarf, kurz SPF, ist in den vergangenen Jahren gestiegen: Im Schuljahr 2006/07 gab es laut Statistik Austria 27.488 als SPF-Schüler bezeichnete Kinder und Jugendliche. 2012/13 waren es knapp 30.000. Damit ist der Anteil der SPF-Schüler, die wegen körperlicher oder psychischer Einschränkungen spezielle Unterstützung benötigen, von 4,3 auf 5,2 Prozent der Schüler gestiegen. Das lässt Platz für Diskussionen.

Behindertenanwalt Erwin Buchinger forderte im „Standard“ die komplette Abschaffung des Status Sonderpädagogischer Förderbedarf. Seine Argumentation: Bekomme man als Schüler einmal SPF zugesprochen, werde man diese Stigmatisierung nur noch schwer los. Außerdem scheint die Einstufung in den Zeugnissen auf – ein Hindernis bei der Jobsuche, wie der ehemalige SPÖ-Sozialminister moniert.

Sonderschulen sollen Ausnahme sein

Die Schulen erhalten Sonderbudgets zur Förderung von SPF-Schülern. Buchinger vermutet deshalb, dass es bei der Vergabe des SPF oft vordergründig ums Geld geht: Schulen hätten ein Interesse, zusätzliche Lehrerstellen zu erhalten und Schüler mit SPF seien eine Möglichkeit dafür, so Buchinger im Ö1-„Mittagsjournal“. Er wünscht sich, dass die Budgets nicht mehr von einzelnen SPF-Schülern abhängig gemacht werden. Schulen sollten das zusätzliche Geld aufgrund anderer Kriterien zugesprochen bekommen.

Für Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) ist die Abschaffung des SPF keine Option. 61 Prozent der SPF-Schüler werden übrigens integrativ unterrichtet. Die übrigen 39 Prozent besuchen Sonderschulen. Diese sollen in Österreich bis 2020 aber zur Ausnahme werden. (APA)